

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus Aus- und Inland sind in Pfennigen, auswärts in Mark und Pfennigen, auswärts in Mark und Pfennigen, auswärts in Mark und Pfennigen, auswärts in Mark und Pfennigen.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 5

Freitag, den 7. Januar 1927

22. Jahrgang

### Silberrufe aus China.

Die Ausländer bedroht. — Vor einer Räumung des Konzessionsgebietes.

London, 5. Jan. Reuter meldet aus Hankau: Infolge der sehr ernsten Lage sind die Handelshäuser in der britischen Konzession geschlossen worden. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß das Konzessionsgebiet geräumt wird. Die Frauen und Kinder haben bereits den Rat erhalten, sich auf den Schiffen in Sicherheit zu bringen. Wegen der durch die chinesischen Ausschreitungen sehr ernst gewordenen Lage haben alle englischen Marinestreitkräfte in Hongkong Befehl erhalten, sich auf schnellstem Wege nach Hankau zu begeben. Die Kreuzer „Bardicote“ und „Carlisle“ sowie der Zerstörer „Wishart“ sind bereits nach Hankau unterwegs.

Schanghai, 5. Jan. Die von einer japanischen Nachrichtenagentur ausgehende Meldung, daß die Engländer aus der britischen Konzession vertrieben worden seien, wird von der Urheberin dahin richtig gestellt, daß die Chinesen verschiedene englische Geschäftsunternehmen geschlossen und die Inhaber vertrieben haben, und daß, wie bereits von anderer Seite gemeldet, das Gebäude der Gemeindeverwaltung und das Zollhaus von den Chinesen besetzt worden sind.

Eine englische Neuherung über die Lage in Hankau.

London, 5. Jan. Reuter veröffentlicht heute abend eine offenbar inspirierte Erklärung über die Lage in Hankau, in der es u. a. heißt: Die Notwendigkeit, von den Waffen Gebrauch zu machen, wird sich hoffentlich vermeiden lassen. Nach den vorliegenden Berichten scheint die Regierung von Kanton in der Lage

zu sein, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Frage, ob der Bolschewismus für die Gestaltung der Lage in Hankau verantwortlich ist, wird man wohl nicht uneingeschränkt bejahen können. Der Ausgangspunkt der Bewegung ist der Wunsch der Chinesen, ihr Land selbst verwalten zu wollen. Die britische Politik entspricht dem, und sie ist, abgesehen vielleicht von den Vereinigten Staaten von Amerika, früher zu diesem Ergebnis gekommen als die anderen Mächte. Ein allgemeines Übereinkommen über die Politik gegenüber China hat nicht bestanden, und England hat nichts getan, was gegen den Geist der Verträge von Washington ist.

### Die englische Arbeiterpartei und das China-Memorandum.

London, 5. Jan. Die englische Arbeiterpartei veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt, das endliche Ziel der britischen Regierung bei diesen Verhandlungen sollte sein, die Mindestbedingungen zu erhalten, die für die persönliche Sicherheit britischer Untertanen in China und für ehrenhaften Handel zwischen britischen und chinesischen Kaufleuten notwendig sind. Die britische Regierung müsse strengste Neutralität im chinesischen Bürgerkrieg wahren. Sie muß die Beziehungen mit der Kantonregierung so bald wie möglich auf eine freundschaftliche Grundlage stellen und muß versuchen, im Zusammenwirken mit anderen in Betracht kommenden Nationen ein absolutes und wirksames Verbot der Waffeneinfuhr nach China herbeizuführen.

### Das englische Kriegsgericht spricht vier junge Deutsche frei!

Frankfurt a. M., 5. Jan. Das englische Kriegsgericht in Wiesbaden hat die vier jungen Leute aus dem Taunusort Wörsdorf, die am Heiligen Abend in einer Wirtschaft mit zwei englischen Soldaten in Streit geraten waren und sie aus der Wirtschaft hinausgeworfen hatten, wobei der eine der Engländer ziemlich stark verwundet worden war, nach zweitägiger Verhandlung freigesprochen, weil nicht mit absoluter Sicherheit der Beweis zu erbringen war, daß die Angeklagten die wirklichen Täter gewesen seien.

Zweiterlei an der Verhandlung war besonders im Vergleich zu dem Landauer Kriegsgerichtsverfahren bemerkenswert. Der englische Staatsanwalt gab unumwunden zu, daß die beiden Engländer durch ihr ungebührliches Benehmen die Deutschen provoziert hätten und dadurch an dem ganzen Vorfall die Hauptschuld trügen. Es habe aber Anklage erhoben werden müssen, weil die deutsche Zivilbevölkerung nicht das Recht

habe, Soldaten mit Gewalt zu entfernen. Das Verbot gegen die Ordnung 2.

Wichtiger aber war die Bemerkung, die der Vorsitzende des Gerichts, der die Verhandlung absolut objektiv führte, über den Wert der Vernehmungsprotokolle machte, aus denen die Beteiligung der Angeklagten an dem Zwischenfall gefolgert werden konnte. Er wies darauf hin, wie notwendig es für Deutsche sei, die fremdsprachigen Befragungsbehrden gegenüber objektiv richtige Aussagen zu Protokoll zu geben und aus einer begreiflichen Reserve herauszutreten. Auf diese Protokolle könne darum eine Beurteilung nicht gestellt werden.

Bei dieser durchaus richtigen Einschätzung der Vermittlung eines Dolmetschers geführten Vernehmung während der Voruntersuchung wird man sich an die entscheidende Rolle erinnern, die im Rougier-Prozess die protokolllarischen Zeugenaussagen spielten, derenwegen es wiederholt zu den schärfsten Zusammenstößen mit der deutschen Verteidigung kam.

### Die Frage der Regierungsbildung.

Dr. Curtius übernimmt die Regierungsbildung.

Laut „Täglicher Rundschau“ kann man mit der Berufung des bisherigen Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius zur Regierungsbildung bereits für den 10. Januar rechnen. Die Berufung Dr. Curtius' sei von dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei gebilligt worden. Ob der Versuch Dr. Curtius', ein Kabinett auf der Grundlage einer Koalition sämtlicher bürgerlicher Parteien zu bilden, gelingen wird, wird von dem volksparteilichen Blatt unter Hinweis auf die ablehnende Haltung der Zentrumspresse stark bezweifelt. Sollte der Versuch fehlschlagen, so bliebe nur übrig, ein Kabinett der Mitte zu bilden. „Germania“ hält es für ausgeschlossen, daß sich das Zentrum an der von Dr. Curtius geplanten Koalitionsbildung sämtlicher bürgerlichen Parteien beteiligen werde. Eine Regierung unter Beteiligung der Deutschnationalen mit volksparteilicher Spitze wäre, wie das Blatt schreibt, eine ausgesprochene Rechtsregierung, die auf die Unterstützung des Zentrums nicht zählen kann. Sollte es jedoch wieder zur Bildung einer Regierung auf der bisherigen Grundlage kommen, so hält es die „Germania“ für selbstverständlich, daß die Führung beim Zentrum bleiben müsse.

Berlin, 5. Jan. Wie das Wolffbüro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wird nun mit Sicher-

heit damit gerechnet, daß Dr. Curtius gleich nach seiner Rückkehr von seinem Wiesbadener Erholungsurlaub vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt werden wird. Seine Bemühungen dürften sich zunächst in der Richtung der Bildung einer möglichst breiten Koalition mit festen Bedingungen bewegen. In diesem Zusammenhang wird auch den Beratungen des Reichsparteivorstandes des Zentrums, der in der nächsten Woche zusammentritt, natürlich große Bedeutung beigemessen. Informationen, die in der Berliner Presse zur Frage der Regierungsbildung bisher erschienen sind, werden von gutunterrichteter parlamentarischer Seite zum großen Teil als Kombinationen bezeichnet, so namentlich auch die Nachrichten über die voraussetzliche Befragung einzelner Ministerien mit bestimmten Persönlichkeiten. Wichtig ist vielmehr, daß die Entwicklung der Krise sich noch in ihrem allerersten Stadium befindet und eigentliche Verhandlungen erst in der nächsten Woche beginnen.

### Die noch strittigen Restpunkte.

Nach einer Mitteilung des „Demokratischen Zentraldienstes“ ist in Aussicht genommen, die in Berlin stattfindenden Verhandlungen mit der interalliierten Militärkontrollkommission über die noch strittige Frage des Kriegsgerätes Mitte Januar zu beenden. Sollte man jedoch nicht zu einer Einigung in Berlin kommen, so werde der Schwerpunkt der weiteren Verhandlungen wohl bei den Wirtschaftskonferenzen in Paris liegen.

### Wirtschaftsbilanz.

Ein Rückblick auf das Jahr 1926.

Seit Beginn des dritten Viertels dieses Jahres befindet sich die deutsche Wirtschaft — so beginnt Dr. W. W. Freiherr von Bissing in einer größeren, in der Zeitschrift für Volk, Arbeit und Aufbau „Die Räder“, Berlin W. 57, erschienenen rückwärtigen Betrachtung der wirtschaftlichen Ergebnisse des letzten Jahres — im langsamen, zunehmenden Aufstiege. Während die Krise und ebenso die Depression infolge des englischen Bergarbeiterstreiks wider Erwarten schnell überwunden wurden, ist anzunehmen, daß der Anstieg erheblich langsamer vor sich gehen wird. Der englische Bergarbeiterstreik, der bisher stark fördernd die deutsche Ausfuhr beeinflusst hatte, ist seit kurzem beendet, so daß mit dem Wiederauftreten der englischen Konkurrenz im Laufe der nächsten Monate gerechnet werden muß. Es wird dann ein starker Kampf um den Weltmarkt einsetzen. In Frankreich hat die Revalorisierungspolitik Poincarés eine Wirtschaftskrise eingeleitet, die zur Folge hat, daß die Lagerbestände der französischen Wirtschaft abgestoßen werden und sich auf dem Weltmarkt preisflehend bemerkbar machen. Welche Momente werden nicht ohne Einfluß auf die Weiterentwicklung auch der deutschen Konjunktur bleiben.

Bisher ist jedoch auf der Produktionsseite der Wirtschaft nach wie vor eine Zunahme der Erzeugung festzustellen. Die arbeitstäglige Kohlenförderung im Ruhrgebiet betrug 424 000 Tonnen im November gegen 408 283 Tonnen im Oktober. Es macht sich jetzt die vorsichtige Politik der deutschen Unternehmen bemerkbar, die auch in Zeiten der Hochkonjunktur nur langfristige Aufträge hereinengenommen hatten. So sind die Eisen- und Stahlwerke in Rheinland-Westfalen noch mit Aufträgen für mehrere Monate versehen. Im Gegensatz zum Sommer scheint auch hier der Inlandsmarkt zunehmende Bedeutung gefunden zu haben. Er hat auch für die Werke einen erhöhten Wert infolgedessen, als die Inlandspreise augenblicklich besser sind, als die Exportpreise. Es macht sich also hier schon der französisch-belgische Ausverkauf bemerkbar.

Während noch im Oktober die deutsche Maschinenindustrie darüber klagte, daß der Auftragsrückgang aus dem Inland sehr zu wünschen übrig liege und das Schwerkgewicht des Geschäftes nach wie vor auf der Exportseite läge, hat sich die Lage im November offenbar in merklicher Weise gebessert. Die Berichte des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten sprechen jetzt von einer Stärkung der Inlandsnachfrage. Dieser Vorgang ist auch durchaus natürlich. Die Aufwärtsbewegung ging vor allem von der Eisen- und Montanindustrie aus. Dort mußten sich erst Gewinne bilden, die dann wiederum an die fertigverarbeitende Industrie in Gestalt von Aufträgen weiter gegeben werden konnten. Wenn sich daher die Inlandsnachfrage jetzt regt, so tritt die Produktionsseite der deutschen Wirtschaft in das zweite Stadium der Rationalisierung ein. Das erste bestand in einer Ausmerzung solcher Produktionsstätten, die der verminderten Nachfrage nicht mehr entsprachen. In dieser Zeit wurden die Zusammenschlüsse vorgenommen, die eine Stärkung der Kapital- und Produktionskraft zum Zwecke hatten. Jetzt werden nunmehr die Produktionsmittel selbst der Anforderungen der neuen Lage angepaßt.

Über dabei darf nicht vergessen werden, daß trotz des Aufstieges auf der industriellen Produktionsseite die landwirtschaftliche Seite der Wirtschaft noch keineswegs in dem Maße von der allgemeinen Gesundung erfährt worden ist, wie es im Interesse einer gleichmäßigen Entwicklung unserer Wirtschaft erwünscht wäre. Der Prozentsatz der landwirtschaftlichen Konjunktur an der Zahl der Gesamttonnen gemessen nimmt noch ständig zu. Dieser Satz betrug im

Monat	1926	1927
Juni	1,1	
Juli	2,9	
August	6,8	
September	8,1	
Oktober	8,4	
November	4,7	

Die nicht günstige Entwicklung dieser „Liquiditätslücke“ ist auch der Grund, warum die Landmaschinenindustrie über mangelnden Absatz klagt, und zwar gerade in der Zeit unmittelbar nach der Ernte, in der sonst die Landwirtschaft recht flüssig zu sein pflegt. Auch die Nachfrage der Landwirtschaft nach Kali steht trotz der Steigerung, die von Oktober bis November zu verzeichnen ist, noch erheblich hinter dem Absatz der Friedenszeit zurück. Im Jahre 1918 wurden im November 983 500 Doppelzentner Kali an die Landwirtschaft abgesetzt gegenüber 888 700 Doppelzentner im November 1926. Der Absatz in den ersten elf Monaten des laufenden Jahres stellt sich auf 10,4 Millionen Doppelzentner Reinkali gegen 11,7 Millionen Doppelzentner in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Solange aber die Landwirtschaft nicht über genügende Kaufkraft verfügt, um damit den Produktionsmittelmarkt zu beleben, solange ist der Aufschlag der deutschen Wirtschaft auf Sand gebaut. Die Lage der Landwirtschaft ist immer von starkem Einfluß auf die Gestaltung der industriellen Konjunktur gewesen.